

**FBP-TERMINE**

**FBP**  
**LIECHTENSTEIN**

**FBP Ruggell**  
**Jahresversammlung**

**Wann**  
Mittwoch, 25. April, 19 Uhr

**Wo**  
Rössle, Ruggell

**Was**  
Jahresversammlung  
Informationen zum Thema  
SZU II durch Markus Verling  
(Leiter des Amtes für Bau und  
Infrastruktur) sowie Arnold  
Kind (Leiter Schulamt)

**Kontakt**

E-Mail: info@fbp.li  
Internet: www.fbp.li



**Asche nicht ausgekühlt**  
**Brand in Ruggell:**  
**Ursache ist geklärt**

**RUGGELL** Die Ursache des Brandes am Montagnachmittag in der Nellengasse in Ruggell («Volksblatt» online berichtete) ist nun geklärt. «Wie die Ermittlungen ergaben, entstand der Brand durch nicht vollständig ausge-



Die Feuerwehren Ruggell und Vaduz konnten den Brand am Montag löschen. (Foto: LPFL)

kühlte Asche. Diese wurde in einen Papiersack abgefüllt und anschliessend auf einem mit Holzresten gefüllten Harass deponiert», teilte die Landespolizei am Dienstag mit. Durch die noch vorhandene Glut hätten sich der Papiersack und anschliessend das Holz entzünden können. Das Feuer griff anschliessend auf die Fassade und das Dach über und konnte schliesslich durch die Feuerwehr Ruggell sowie die Stützpunktfeuerwehr Vaduz gelöscht werden. Alle Personen des Einfamilienhauses wurden aus Sicherheitsgründen evakuiert, zwei Personen verletzten sich leicht und mussten durch den ausgerichteten Rettungsdienst ambulant behandelt werden. Es entstand erheblicher Sachschaden. (red/lpfl)

**Aus der Region**

**450 Hanfpflanzen**  
**sichergestellt**

**LUSTENAU** Die Voralberger Polizei hat am Montag ein Wohnhaus in Lustenau gestürmt. Die Beamten stellten sieben Indoor-Anlagen mit insgesamt 450 Hanfpflanzen in unterschiedlichen Wachstumsstadien sicher. Der 37-jährige Besitzer wurde angezeigt. Hinweise aus der Bevölkerung, dass starker Cannabis-Geruch aus dem Haus wahrnehmbar sei, hatte die Polizei auf den Plan gerufen. Die Wohnung des 37-Jährigen wurde aufgebrochen, weil der Mann nicht auf die Zurufe und das Klopfen der Polizisten reagiert hatte, teilte die Voralberger Polizei am Dienstag mit. Neben den illegalen Pflanzen fanden die Polizisten einen als Taschenlampe getarnten Elektroschocker. An dem Einsatz waren 22 Polizisten beteiligt. (red/sda)

**Kranz: «Nur weil es keine Folter gibt, ist nicht alles in bester Ordnung»**

**Bilanz** Das erste Jahr seines Bestehens nutzte der Verein für Menschenrechte (VMR) zur Bestandsaufnahme und Analyse. 2018 und 2019 will man sich nun der Integration von Ausländern, der Öffentlichkeitsarbeit und den Kinderrechten widmen.

VON SILVIA BÖHLER

«**D**ie Menschenrechtssituation in Liechtenstein ist im weltweiten Vergleich erwartungsgemäss sehr gut. Grobe, systematische Menschenrechtsverletzungen sind keine zu verzeichnen», heisst es im ersten Jahresbericht des Vereins für Menschenrechte (VMR). Dennoch gebe es Handlungsbedarf. Geschäftsführerin Alicia Längle bemängelte anlässlich der gestrigen Mitgliederversammlung in Balzers unter anderem das Fehlen eines professionellen Umgangs bei sexuellem Missbrauch, die Unterbringung von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen, die unterschiedlichen Bildungschancen von Kindern, die Lohnungleichheit, die ungleiche politische Vertretung und die fehlende Inklusion von Menschen mit Behinderung. «Der Köcher ist mit Arbeit gefüllt», betonte auch Vereinspräsident Walter Kranz. Das erste Jahr der Vereinsarbeit wurde allerdings dazu genutzt organisatorische Grundlagen zu schaffen, die Geschäftsstelle in Vaduz einzurichten und sich inhaltlich zu orientieren. Im Frühling 2017 führte der Verein eine Umfrage unter seinen Mitgliedern durch, in den vier Bereichen «Gleichstellung von Frau und Mann», «Kinderrechte», «Rechte von Menschen mit Behinderungen» und «Integration von Ausländern» wurden anschliessend detailliertere Analysen erarbeitet. Sie sollen die Grundlage für weitere mögliche Handlungsfelder sein.

**Drei Themenschwerpunkte**

Für die kommenden zwei Jahre hat sich der Verein drei Tätigkeits-



Mitglieder des Vorstands und der Geschäftsstelle mit dem ersten Jahresbericht, von links: Lukas Oehri, Alicia Längle, Silvia Hofmann, Walter Kranz, Claudia Fritsche, Nancy Barouk-Hasler und Margot Sele. (Foto: Paul Trummer)

schwerpunkte gesetzt, in denen er gestaltend und federführend agieren will. So soll etwa die Bevölkerung mehr über die Bedeutung der Menschenrechte erfahren. «Nur weil es in Liechtenstein keine Folter gibt, heisst es nicht, dass hier alles in bester Ordnung ist», sagte Walter Kranz. Weiters will sich der Verein für die Adaptierung und Umsetzung der bereits bestehenden Integrationsstrategie einsetzen. «Wir sehen die Integration von Ausländern auch als wesentlichen Teil der Prävention von rassistischer Gewalt, Extremismus und Diskriminierung», erklärte Alicia Längle. Ein Fachmann in Sachen Integration ist Christian Blank, ehemals Leiter der Abteilung Asyl beim

Ausländer- und Passamt. Er wird ab dem 1. Juni die Geschäftsstelle des Vereins verstärken. Als dritter Schwerpunkt wurde der Schutz und die Förderung von Kinderrechten in Fortführung der bisherigen Tätigkeit der Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche (OSKJ) genannt.

**Monitoring- und Ombudsstelle**

Im vergangenen Jahr kam es im Zuge einer Leserbriefdebatte in Liechtensteins Zeitungen zur Herabsetzung und Diskriminierung von Homosexuellen. Der VMR reichte daraufhin Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft ein. Ausserdem wandten sich 2017 zwölf Personen in Menschenrechtsbelangen an den VMR. Ihre

Anliegen betrafen unter anderem ausländer- bzw. aufenthaltsrechtliche Fragestellungen, Integrationsfragen, Beschwerden über Datenschutzverstösse und ungerechtfertigte Inhaftierungen. Alle Personen wurden von der Geschäftsstelle angehört. In einigen Fällen erfolgten Abklärungen oder Interventionen bei den zuständigen Behörden, in keinem der Fälle wurde ein Gerichtsverfahren durch den VMR angestrengt. Die Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche wurde 19 Mal kontaktiert. Der Verein für Menschenrechte erhält einen jährlichen Staatsbeitrag von 350 000 Franken, der Betrag ist vorerst bis zum Jahr 2019 garantiert.

**Neues Projekt gegen Einsamkeit im Alter gewinnt ersten Preis**

**Lob** Die Familienhilfe Liechtenstein und Demenz Liechtenstein werden für das Projekt «Senioren gemeinsam aktiv» mit dem Chancengleichheitspreis 2018 ausgezeichnet.

«Wie geht es Ihnen?» und «Brauchen Sie Unterstützung?» - vielen Senioren fehlt jemand, der diese Fragen stellt. Die Familienhilfe Liechtenstein und Demenz Liechtenstein wollen das ändern und haben gemeinsam mit weiteren Akteuren das Projekt «Senioren gemeinsam aktiv» ins Leben gerufen. Das spezielle Seniorenprogramm beinhaltet gesellige, handwerkliche und künstlerische Tätigkeiten, die für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung attraktiv sein können. Für Menschen mit besonderen Bedürfnissen wie eingeschränkte Mobilität oder Demenzerkrankung stehen jeweils qualifizierte Betreuungspersonen bereit. Prioritäres Ziel ist es, die Menschen aus der Einsamkeit zu holen und eventuellen Hilfebedarf zu erkennen. Neben der Ansprache sollen aber auch soziale Kontakte gefördert, Aktivierung und Vorbeugung angeboten sowie das Kennenlernen von Neuem ermöglicht werden. In Liechtenstein leben laut Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini rund 6500 Personen, die über 65 Jahre alt sind. Während die Jüngeren meist noch mobil seien, würden sich die Älteren oft unbemerkt in ihren Wohnungen «verkriechen». Ab 65

Jahren steige zudem die Möglichkeit an Demenz zu erkranken, hierzulande seien es rund 500 Personen, die mit dieser Krankheit leben. Häufig führe auch diese Erkrankung zum Rückzug aus dem sozialen Leben, oft seien dann die Mitarbeitenden der Familienhilfe oder der Mahlzeitendienst die einzigen Aussenkontakte für die Menschen. Mit dem Chancengleichheitspreis 2018 erhalten die Projektverantwortlichen neben dem Wanderpreis einen zweckgebundenen Barpreis von 15 000 Franken.

**Anerkennungspreise vergeben**

In diesem Jahr haben neun Organisationen ein Projekt eingereicht, bewertet wurden sie durch eine achtköpfige Jury. Die beiden Anerkennungspreise zu je 2500 Franken gingen an das Projekt «Dokumentation und Archivierung der Geschichte der Frauenbewegung» vom Verein Frauen in guter Verfassung sowie an den Verein MUS-E Liechtenstein für das Projekt «MUS-E bringt die Künste in die Schule». Gesellschaftliche, kulturelle und politische Leistungen von Frauen sind in der Öffentlichkeit meist wenig sichtbar und werden weniger häufig dokumentiert. Mit dem Projekt «Dokumentation und Archivierung der Geschichte der Frauenbewegung» möchte der Verein Frauen in guter Verfassung deshalb die Geschichte der Frauenrechtsbewegung sowie das Engagement für die Chancengleichheit von Frauen und Männern in Liechtenstein nachhaltig bewahren, wissenschaftlich aufbereiten und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Das Projekt soll einen diffe-



Barbara Frommelt, Geschäftsführerin Familienhilfe Liechtenstein, und Matthias Brüstle, Geschäftsführer Demenz Liechtenstein. (Foto: Daniel Schwendener)

renzierten Blick auf die gesellschaftliche und politische Entwicklung und die Fort- und Rückschritte im Bereich Chancengleichheit im 20. und 21. Jahrhundert ermöglichen. Der Gesamtbestand wird nach Beendigung des Projektes an das Landesarchiv übergeben. Der Verein MUS-E Liechtenstein will mit seinem Projekt «MUS-E bringt die Künste in die Schule» die beiden Bereiche Schule und Kunst zusammenführen. Kindern im Kindergarten- und Primarschulalter sollen im Rahmen einer ganzheitlichen Bildung körperlich, sozial und emotional sensibilisiert werden. Ein MUS-E-Projekt wird auf Wunsch einer Lehrperson mit der Klasse durchgeführt. Dabei kommen professionelle Kunstschaffende für zwei Wochenstunden in den Regelunterricht und arbeiten mit den Kindern in einem Kunstbe-

reich. Ein Projekt dauert zwei Jahre, wobei die Kunstsparte jedes Semester wechselt. Die Kinder lernen somit vier verschiedene Kunstbereiche kennen. Wesentlich ist dabei die Integration von lernschwachen, fremdsprachigen und der eigenen Kultur fernem Kindern.

**Neue Ausrichtung des Preises**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zunehmendes Bedürfnis der Gesellschaft und stellt sowohl Familien als auch Betriebe vor Herausforderungen. Die Regierung richtet deshalb ihr Augenmerk neu noch fokussierter auf die Familienfreundlichkeit von Unternehmen und wird den Chancengleichheitspreis jedes zweite Jahr als Anerkennungspreis für familienfreundliche Betriebe aus schreiben. Das erste Mal wird dies 2019 sein. (sb/ikr)